

A10 Demokratie in Dresden stark aufstellen

Antragsteller*innen: Moritz Knobel
Torsten Hans
Ulla Wacker
Agnes Scharnetzky

Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Antragstext

- 1 BÜNDNISGRÜNE Politik setzt sich für Teilhabe und Stärkung der kommunalen
2 Vertretungen und damit der lokalen Demokratie ein. Dresden mit seiner
3 vielfältigen Bevölkerung, den unterschiedlichen Stadtteilen und Ortschaften
4 benötigt angemessene Repräsentation und gleiche Teilhabe. Neben Repräsentation
5 in den politischen Gremien benötigen wir neue Formate zum Austausch auf
6 Augenhöhe, um komplexe Aufgaben der Zukunft gemeinsam bewältigen zu können.
- 7 Warum ist Demokratie wichtig? Weil sie grundlegende Werte wie Freiheit,
8 Gerechtigkeit und Gleichheit fördert und schützt
- 9 Die Mitgliederversammlung beschließt:
- 10 1. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dresden lehnt eine Verkleinerung des Stadtrates ab und
11 setzt sich für den Erhalt vielfältiger demokratischer Repräsentation von
12 Bevölkerungsgruppen auch durch kleinere Parteien und Wählerinitiativen ein.
- 13 2. Aufgrund der aktuellen Haushaltslage befürwortet BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
14 Dresden die Aussetzung der jährlichen Anpassung der Aufwandsentschädigung
15 (Grundentschädigung und Sitzungspauschalen) für Stadträtinnen und Stadträte für
16 die Jahre 2025 und 2026. Eine angemessene Aufwandsentschädigung befürworten wir,
17 um die Teilhabe von Menschen aller Einkommensgruppen an der kommunalen
18 Demokratie zu ermöglichen.
- 19 3. Wir setzen uns für die rechtliche Angleichung der Bürger*innen in
20 Ortschaften und Stadtbezirken sowie deren Vertretungen (Stadtbezirksbeiräte und
21 Ortschaftsräte) ein. Ein dauerhafte Unterschied zwischen den Rechten der
22 Ortschaften und ihrer Einwohner*innen gegenüber den Stadtbezirken und deren
23 Einwohner*innen stellt eine kommunale Zwei-Klassendemokratie dar, die die
24 Dresdner Bevölkerung untergleich behandelt. Die BÜNDNISGRÜNE Landtagsfraktion
25 wird ersucht, sich dafür einzusetzen, eine dauerhafte Ungleichbehandlung der
26 Rechte von Bürger*innen und deren Vertretungen in den Stadtbezirken und
27 Ortschaften durch eine Änderung der Gemeindeordnung zu verhindern.
- 28 4. Wir befürworten den Klimabeirat als demokratische Austauschplattform von
29 Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft für die Jahrhundertaufgabe
30 der Klimakrise und setzen uns dafür ein, dass der Klimabeirat endlich besetzt
31 und arbeitsfähig wird. Bestrebungen, ihn wieder aus der Hauptsatzung zu
32 entfernen, lehnen wir ab.
- 33 5. Wir setzen uns dafür ein, dass Bürgerentscheide in Dresden vereinfacht werden
34 und dazu die Stadt von der Möglichkeit der Gemeindeordnung Gebrauch macht, das
35 Zustimmungsquorum für Bürgerentscheide von 25% auf 15% abzusenken.

Begründung

Die repräsentative Demokratie ist das Fundament unseres politischen Systems. Sie sorgt auch dafür, dass verschiedene Gruppen in der Bevölkerung in politische Entscheidungen einbezogen werden. Eine Verkleinerung des Stadtrates würde die Vielfalt der Repräsentation einschränken. Insbesondere kleinere Parteien und Wählerinitiativen würden von einer Verkleinerung benachteiligt, in dem sie zukünftig weniger im Rat vertreten sind und die Wahrscheinlichkeit sinkt, dass sie überhaupt ein Mandat erringen.

Eine Verkleinerung des Stadtrates würde zudem die Arbeitsfähigkeit und damit auch die Kontrollfunktion des Hauptorgans deutlich minimieren. Gerade mit Blick auf die in den letzten Jahren stark gewachsenen Aufgaben der Kreisfreien Städte, würde dies eine weitere Machtverschiebung in Richtung der Verwaltung bedeuten, die wir BÜNDNISGRÜNE ablehnen. Repräsentativität bedeutet, dass bestimmte Merkmale der Gesamtbevölkerung auch in den demokratischen Gremien angemessen vertreten sind. Um dies zu ermöglichen, muss das kommunalpolitische Engagement für Menschen aller Einkommensgruppen zugänglich sein. Eine angemessene Ehrenamtsentschädigung ist hierfür unerlässlich, jedoch zeigen wir mit der temporären Aussetzung der Erhöhung Verantwortungsbewusstsein angesichts der angespannten Haushaltslage.

Die rechtliche Gleichstellung aller Bürger*innen in Dresden, unabhängig davon, ob sie in Ortschaften oder Stadtbezirken leben, ist ein Gebot demokratischer Fairness. Unsere Demokratie lebt von dem Grundsatz, dass alle Bürger*innen grundsätzlich die gleichen Rechte haben. Derzeit gibt es jedoch einen Unterschied in der Rechtstellung der Bürger*innen in den Ortschaften und jenen in den Stadtbezirken wohnenden. Zum einen drückt sich dies in den Rechten der gewählten Gremien aus. Die Ortschaftsräte können selbstständig eine*n Ortsvorsteher*in wählen, die Mitglieder der Stadtbezirksbeiräte haben dieses Recht nicht. Ebenso ist es möglich, auf Ebene der Ortschaften zu lokalen Themen Bürgerentscheide durchzuführen, für die Stadtbezirke ist dies nicht möglich. Eine derartige dauerhafte ungleiche Behandlung der Bürger*innen ist aus BÜNDNISGRÜNER Sicht undemokratisch. Jenseits der Entscheidung über die Zukunft konkreter Ortschaften in Dresden sehen wir auch die Landesebene in der Pflicht zukünftig entweder die Rechte der Stadtbezirke und Ortschaften anzugleichen oder dafür Sorge zu tragen, dass es keine Möglichkeit zur dauerhaften Ungleichbehandlung gibt.

Der Klimabeirat bildet eine wichtige kommunale Austauschplattform, um Dresden bei Fragen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung zu unterstützen. Die Bewältigung der Klimakrise ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dafür braucht es den Austausch verschiedener Akteur*innen aus Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. So werden unterschiedliche Ansichten und Interessen sowie die Herausforderungen konstruktiv diskutiert. Nur so kann dieser komplexen Zukunftsaufgabe begegnet werden.

Durch die große – von den BÜNDNISGRÜNEN auf Landesebene vorangetriebenen – Novelle der Gemeindeordnung, können die Kreisfreien Städte seit 2022 das extrem hohe Zustimmungsquorum von Bürgerentscheiden von 25% auf 15% absenken. In Dresden ist dies bisher noch nicht geschehen, dies wäre aber ein konkreter Beitrag, die demokratischen Rechte der Bürger*innen zu stärken.

Unser Ziel als BÜNDNISGRÜNE ist die Stärkung demokratischer Strukturen in Dresden, um so auch auf kommunaler Ebene Voraussetzungen für eine zukunftsfähige, gerechte und klimabewusste Stadt zu gestalten.